

# Stettiner Zeitung.



Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 18. November 1881.

Nr. 538.

## Deutschland.

Berlin, 17. November. Die Eröffnung des Reichstages hat heute zur festgesetzten Stunde in feierlicher Weise im Weißen Saale des königlichen Schlosses stattgefunden. Leider hatte Se. Majestät der Kaiser und König auf ärztlichen Rath darauf verzichtet, den Staatsakt, wie bekanntlich beabsichtigt war, Allerhöchstselbst vorzunehmen.

Nachdem der Gottesdienst in der Schloßkapelle beendet war, durchschritt unter Vorantritt der Ober-Hof- und Hofmarschälle Grafen Büdler, Grafen Perponcher und Grafen zu Eulenburg Se. Kaiser. Hohheit der Kronprinz in Begleitung der Prinzgen Wilhelm und Heinrich, sowie der übrigen in Berlin anwesenden königlichen Prinzen den Weißen Saal. Es folgten der Fürst Reichskanzler mit den zahlreich anwesenden Mitgliedern des Bundesraths.

Inzwischen hatten sich die Mitglieder des Reichstages zahlreich versammelt, auch die hohen Militär- und Zivilbeamten, welche größtentheils dem Gottesdienste in der Schloßkapelle beigewohnt, hatten auf der Lustgartenseite des Weißen Saales Aufstellung genommen. Die Hofloge blieb leer, die Diplomatenlogen aber waren sämmtlich reich besetzt. Die Tribünen auf der Lustgartenseite waren von einem distinguirten Publikum gefüllt. Als bald erfolgte das Zeichen, daß der Eröffnungsaakt beginnen werde.

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck trat, neben ihm der bairische Gesandte und Bundesbevollmächtigte Graf v. Lerchenfeld, und gefolgt von den übrigen Mitgliedern des Bundesraths, in den Saal.

Sobald dieselben links von dem verhältlich gebliebenen Thron Aufstellung genommen, verlas der Fürst Reichskanzler, nachdem er sich vor der Versammlung wiederholt verneigt, nachfolgende Allerhöchste Botschaft:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen etc., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Wir haben den im vorigen Reichstage kundgegebenen Wünschen entsprechend, dem früheren Brauche entgegen, den Reichstag noch im laufenden Jahre berufen, um seine Thätigkeit zunächst für die Feststellung des Reichshaushalts-Etats in Anspruch zu nehmen. Der Entwurf wird dem Reichstage unverzüglich zugehen. Derselbe zeigt ein erfreuliches Bild der fortschreitenden finanziellen Entwicklung des Reichs und der guten Erfolge der unter Zustimmung des Reichstages eingeleiteten Wirtschaftspolitik. Die Steigerung der den einzelnen Bundesstaaten vom Reich zu überweisenden Beträge ist erheblich höher, als die Steigerung der Matrikularbeiträge. Daß der Gesamtbetrag der letzteren im Vergleich mit dem laufenden Rechnungsjahre eine Erhöhung erfahren hat, findet seine Begründung in Einnahmeausfällen und in Bedürfnissen, welche im Interesse des Reichs nicht abzuweisen sind.

Die Einigung, welche mit der Freien Stadt Hamburg über die Modalitäten ihres Anschlusses in das deutsche Zollgebiet erzielt worden ist, wird der Reichstag mit uns als einen erfreulichen Fortschritt zu dem durch die Reichsverfassung gesteckten Ziele der Einheit Deutschlands als Zoll- und Handelsgebiet begrüßen. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß der Reichstag den Abschluß der deutschen Einheit nach dieser Seite hin und die Vorteile, welche dem Reich und seiner größten Handelsstadt aus demselben erwachsen werden, durch den Kostenbeitrag des Reichs nicht zu theuer erkauft finden und dem hierauf bezüglichen Gesetzentwurf die Zustimmung ertheilen werde.

In dem Bestreben, die geschäftlichen Uebelstände zu beseitigen, welche sich aus der Konkurrenz der Reichstagesessionen mit den Sitzungsperioden der Landtage ergeben, hatten die verbündeten Regierungen dem vorigen Reichstage einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden des Reichs vorsah, über den aber eine Verständigung nicht hat erreicht werden können. Die geschäftliche Nothlage der Regierungen und die Nothwendigkeit, den Verhandlungen der gesetzgebenden Körper des Reichs sowohl wie den Einzelstaaten die unentbehrliche Zeit und freie Bewegung zu sichern, veranlaßt die verbündeten Regierungen, der Beschluß-

nahme des Reichstages wiederum eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Schon im Februar dieses Jahres haben wir unsere Ueberzeugung ausgesprochen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von Neuem ans Herz zu legen, und würden wir mit dem so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung schlicht gesegnet hat, zurückschauen, wenn es uns gelänge, vereint das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und dem Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergebenheit des Volkandes, auf dem sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In unserer darauf gerichteten Bestrebungen sind wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von dem verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können.

Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den stillen Fundamenten des christlichen Volkethums steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkethums und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin wird aber auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Anwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.

Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichsteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, das für drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen. Hierdurch und demnach durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Ueberlasten in weniger drückende Reichsteuern. Diese Bestrebungen sind nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiete wird allein die sein, daß wir kommenden Generationen das neu entstandene Reich gesegnet durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen.

Die Vorbedingung für weitere Beschlußnahmen über die erwähnten sozialen und politischen Reformen besteht in der Herstellung einer zuverlässigen Verfassung für die Bevölkerung des Reichs, für welche bisher genügendes und sicheres Material nicht vorliegt. Soweit letzteres im Verwaltungswege beschafft werden kann, wird es in Kurzem gesammelt sein. Vollständige Unterlagen aber werden nur durch gesetzliche Anordnung, deren Entwurf dem Reichstage zugehen wird, zu gewinnen sein.

Wenn danach auf dem Gebiete der inneren Reichseinrichtungen weitgreifende und schwierige

Aufgaben bevorstehen, deren Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, zu deren Anregung wir uns aber vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet halten, so macht es uns um so mehr Freude, uns über die Lage unserer auswärtigen Politik mit völliger Befriedigung aussprechen zu können.

Wenn es in den letzten zehn Jahren, im Widerspruch mit manchen Vorherjagungen und Besorgnissen, gelungen ist, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so haben wir doch in keinem dieser Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fortdauer dieser Wohlthat in die Zukunft geblickt, wie in dem gegenwärtigen. Die Begegnungen, welche wir in Gastein mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiser von Rußland hatten, waren der Ausdruck der engen persönlichen und politischen Beziehungen, welche uns mit dem uns so nahe befreundeten Monarchen und Deutschland mit dem beiden mächtigen Nachbarreichen verbinden. Diese von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen bilden eine zuverlässige Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens, auf welche die Politik der drei Kaiserhöfe in voller Uebereinstimmung gerichtet ist. Darauf, daß diese gemeinsame Friedenspolitik eine erfolgreiche sein werde, dürfen wir um so sicherer bauen, als auch unsere Beziehungen zu allen anderen Mächten die freundlichsten sind. Der Glaube an die friedliebende Zuverlässigkeit der deutschen Politik hat bei allen Völkern einen Bestand gewonnen, den zu stärken und zu rechtfertigen wir als unsere vornehmste Pflicht gegen Gott und gegen das deutsche Vaterland betrachten.

Urkundlich unter unserer Höchstselbsthändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insignel. Gegeben Berlin, 17. November 1881.  
(L. S.) Wilhelm.

Fürst von Bismarck.  
Nach Verlesung dieser Botschaft erklärte der Reichskanzler Fürst von Bismarck die Session des Reichstages für eröffnet, und dann brachte der bairische Bundesbevollmächtigte Graf v. Lerchenfeld ein dreifaches Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus, in welches die Versammlung lebhaft einstimmt. Damit war die feierliche Handlung beendet.

Die nächste Umgebung des königl. Schlosses war mit einer dichten schaulustigen Menschenmenge besetzt.

Selten der Liberalen wird gegenwärtig beabsichtigt, bei der Wahl des Präsidenten des Reichstages für Herrn v. Stauffenberg zu stimmen. Die Wahl wird wahrscheinlich Montag stattfinden. Je nachdem die politische Lage sich bis zum Tage der Präsidentenwahl gestaltet, dürften die Parteien zu dieser ihre Stellung nehmen.

## Ausland.

Paris, 14. November. Morgen vor Tage beginnt mit Erscheinen des „Journal officiel“ die längst verkündigte neue Ära der wahren Republik, die vom Palais Bourbon so lange und so bezaubernd vorverklündigt wurde, und siehe da, das „grand ministère“ der vier Präsidenten (die Herren Freycinet, Ferry, Say und Gambetta waren gemeint) ist ausgeblieben und hat einem Ministerium der kleinen Leute, einem Geschäftsmann-Platz gemacht, über das man sich besser heute noch gar kein Urtheil bildet. Vielleicht sind sie tüchtiger als man glaubt; jedenfalls beherrscht und leitet Gambetta sie, wie Helios die Planeten und Trabanten. Sogar Ferry, der so gern Minister geblieben wäre, gab Gambetta einen Korb, wie man sagt, „weil ihm die Leutchen zu stark gefärbt seien“; mit Freycinet dagegen scheint Gambetta ein Possenspiel getrieben zu haben, da er ihm alle Stunden ein anderes Portefeuille vorschlug, ihn bald zum Kriegsminister, bald zu Constans' Nachfolger erheben, dann auch das Auswärtige abstellen wollte, dieses aber nicht mit dem Ernst, der Freycinet auch machen konnte. Daß Freycinet nicht Minister des Auswärtigen geworden, wird Gambettas Stellung sehr erschweren, zumal schon jetzt verbreitet wird, daß der breitspurige Spuller, der seit zehn Jahren mit Großmannsprojekten umgeht und, obgleich ein braver Mann, doch selbst bei seinen Gesinnungsgenossen nicht für voll genommen wird, alsbald Gambetta ablösen und das Auswärtige Amt erhalten werde. Daß Say ab-

lehnte, ist ein Wink für die Geschäftswelt, vorzüglich in ihrem Vertrauen auf sonnige Börsenverhältnisse zu sein. Alles wohl erwogen, wird man wohl thun, das Spiel sich ruhig anzusehen und die Entwicklung mit Gleichmuth abzuwarten. Aber es steht zu befürchten, daß schon in den nächsten Wochen sich in den Kammern Gewitter entladen werden, wenn Gambetta nicht die Reformen im Senate und im Richterstande, die Listenabstimmung u. s. w. u. s. w. vertagt. Die Franzosen sind, wenn persönliche Antipathien zu politischen, volkswirtschaftlichen und religiösen Grundfragen hinzutreten, nur zu geneigt, tolle Streiche zu machen, und die neuen Minister und Ministergehilfen, die Paul Bert und Spuller, Rouvier, Allain-Targé u. s. w. sind, der eine bei den Katholiken, der andere in der Finanzwelt, der dritte bei einem großen Theil der Unternehmern als extreme Köpfe oder als Streber mit Mißtrauen oder Spott betrachtet. Indef wachsen sie unter der Zucht Gambettas vielleicht an Gnade vor Paris und an Ansehen unter den übrigen Franzosen.

London, 11. November. Der Beschluß der Vereinigten Staaten, keinerlei Panzerschiffe zu bauen, sondern sich mit Staffkreuzern zu begnügen, hat hier viel Aufsehen gemacht. Die Regierung der Vereinigten Staaten geht von dem Grundsatz aus, daß es angeht der durchgreifenden Veränderungen, die im Bau der Panzerschiffe neuerdings eingetreten sind, thöricht wäre, sich in einen Bauwettkampf einzulassen. Vorläufig sollen daher nur die gewöhnlichen Bedürfnisse, welche an die Vertbeidigung der Küsten gestellt werden, befriedigt werden, und dies soll durch die erwähnten Kreuzer geschehen. Dieselben werden etwas größer, breiter und schneller ausfallen als die entsprechenden Schiffe der übrigen Staaten; dann sollen die Kanonen etwas schwerer sein. Die Zahl dieser Schiffe ist auf 41 festgesetzt, von denen 20 als einfache Kanonenboote mit einer Schnelligkeit von 10 Knoten zum Zwecke der Küstenverteidigung ausgerüstet werden, und die übrigen 21 als Dzeankreuzer. Letztere würden einen Tonnengehalt von 3500 und eine Schnelligkeit von 13 bis 15 Knoten haben und für sechs Tage Kohlen fassen können. In England zieht man daraus den Schluß, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges sich darauf verlegen werden, den Handel ihrer Feinde durch ihre schnell laufenden Kreuzer lahm zu legen. Da nun Schwarzeher in England stets diesen Punkt als den wunden in Großbritannien's ozeanischem Vertbeidigungssystem betonen, so kann es nicht fehlen, daß man die amerikanische Maßregel auf England selbst bezieht, trotz aller eben statgefundenen Freundschaftsbeziehungen. Es heißt, daß die Baukosten der Schiffe 31 Millionen Dollars betragen.

London, 15. November. Aus Bradford wird gemeldet, daß der Irlander, in dessen Haus die dortige Polizei eine Anzahl Revolver und Patronen beschlagnahmte, in Middlesbrough verhaftet wurde. Der Verhaftete heißt John Tobin und ist ein Mitglied der „Fenischen Bruderschaft“. Aus den in Tobin's Hause vorgefundenen Papieren erhellt, daß ein Plan für die Herstellung einer irischen Republik mittelst Waffengewalt existierte. Ferner wurden die Statuten und Mitgliederliste eines geheimen in Irland und England weitverbreiteten Vereins beschlagnahmt, welcher sich die „loyale irische republikanische Gesellschaft“ nennt. Tobin ward nach Bradford gebracht und wird heute dem Polizeirichter vorgeführt werden. Man fand an seiner Person einige Nummern der von D'Donovan Rossa redigierten Zeitung „United Irishman“ und scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß er mit den irischen Anarchisten, deren Hauptquartier in Amerika ist, in enger Verbindung steht.

## Provinzielles.

Stettin, 18. November. Während der Weihnachtszeit hat die Postverwaltung eine so große Masse von Paketen zu befördern, daß außerordentliche Maßregeln getroffen werden müssen, um dieselben den Bestimmungsorten zuzuführen. Leider ist aber die Zahl derjenigen Pakete, welche deshalb nicht bestellt werden können, weil die Aufschreiben während der Beförderung abhanden gekommen sind, ziemlich bedeutend, und so Mancher erhält sein Paket erst nach den Feiertagen. Diese

herrenlos vorgefundenen Pakete werden nämlich den Postanmeldestellen zugeführt, deren Aufgabe es ist, die Adressaten zu ermitteln. Selbstredend müssen diese Sendungen geöffnet werden, was bei den Ober-Postdirektionen durch den Ausschuss unbestellbarer Sendungen erfolgt. Hier wird, wie der „Ndb. Ztg.“ von einem Fachmann geschrieben wird, vor allem nach einem beigelegten Briefe geschäftet; wird ein solcher vorgefunden und trägt derselbe die Adresse des Empfängers, so wird das Paket unverzüglich der Postanstalt des Bestimmungsortes zugeführt. In den meisten Fällen werden aber in den herrenlosen Paketen entweder gar keine Briefe, oder solche mit der Adresse z. B.: „Lieber Otto,“ unterschrieben „Deine Mutter“ vorgefunden; von diesen stellt der Ausschuss ein ganz genaues Inhaltsverzeichnis des Befundes auf und demnachst ist es die schwierige Aufgabe der Post-Anmeldestellen, auf Grund der Inhaltsangaben die Adressaten zu ermitteln. Nach Vorstehendem muß wohl die einfache Schlussfolgerung gezogen werden, daß es in allen Fällen ratsam ist, in der Weihnachtszeit jedem Pakete einen Brief, eine Rechnung oder ein Stück Papier mit der Adresse des Empfängers beizufügen; der Absender wird dann beruhigt sein können, daß, wenn auch während der Beförderung die Aufschrift vom Pakete verschwinden sollte, durch die inliegende Adresse das Paket ohne große Zeitverlängerung an den Bestimmungsort gelangt. Bemerkenswert ist noch, daß Briefe in Pakete gelegt werden können nach Dänemark, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und den übrigen außerdeutschen Staaten, in welchen die betreffende Postverwaltung sich mit der Paketbeförderung befaßt. Schließlich sei noch der zur Weihnachtszeit versandten Hasen erwähnt, dieselben werden in dieser Zeit so massenhaft herrenlos vorgefunden, daß förmliche Auktionen veranstaltet werden müssen. Um auch diese Sendungen sicher den Bestimmungsorten zuzuführen, ist es am besten, wenn die Hasen oberhalb der durcheinander gesteckten Hinterläufe durch Bindfäden mit einem durch Lochten Stück Brett — kein Cigarettenstumpfen, welches leicht spaltet, — oder Pappe, worauf die Adresse geschrieben ist, fest verbunden werden.

Die Bäume in den öffentlichen Anlagen erleiden dadurch nicht unbedeutende Beschädigungen, daß Kinder mit Steinen und Stöcken nach den auf denselben wachsenden Früchten werfen, und dabei auch Blätter und Zweige herabreißen. Am meisten sind die Kastanienbäume in den städtischen Anlagen und die Maulbeerbäume auf den Kirchhöfen diesem Frevel ausgesetzt, der leider oft von den Kindern unter den Augen der Eltern ausgeführt wird, ohne daß diese Einspruch dagegen erheben, im Gegenteil greifen oft die Eltern selbst nach einem Stein und werfen in die Bäume, um nur dem Wünschen des „lieben Kindes“ zu genügen. Im allgemeinen Interesse ist es erwünscht, wenn die Aufsichtsbearbeiter derartige Fälle zur Anzeige bringen, damit die Schuldigen der Bestrafung nicht entgehen. So hatte in den Monaten Juli und August der Arbeitsschlichter Emil G o l z wiederholt die Maulbeerbäume auf dem Torneyer Kirchhof beschädigt. Derselbe war gestern deshalb auf Grund der Feld-Polizei-Ordnung vom 1. April 1880 angeklagt und wurde zu 3 Mk. Geldstrafe event. 3 Tagen Haft verurteilt.

Das Schöffengericht hatte sich in seiner gestrigen Sitzung wiederholt mit dem hiesigen Krawallen im August zu beschäftigen; in einigen Fällen waren Personen wegen hep-hep-Rufen angeklagt, dieselben mußten jedoch freigesprochen werden, da für ihre Schuld kein Beweis geführt werden konnte. Ein anderer Fall, welcher gleichfalls mit Freisprechung endete, verdient weitere Beachtung. Wegen den Kaufmann G. war auf Grund des § 139 der Strafen-Polizei-Ordnung in Verbindung mit dem § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs ein polizeiliches Strafmandat in der Höhe von 15 Mk. erlassen, weil ihm vorgeworfen wird, daß er am Abend des 16. August, an seiner Ladenthür stehend, sich über den Straßensandal amüßte und auf die Aufforderung eines Schutzmannes, die Ladenthür zu schließen, dies nicht that, sondern denselben zugerufen habe: „Herr, wie kommen Sie dazu?“ Herr G. hat gegen dieses Mandat Widerspruch erhoben und auf gerichtliche Entscheidung angetragen, da sich der Vorfall wesentlich anders abgepielt, als in der Anklage behauptet und er auch Gelegenheit genommen habe, bei der königl. Staatsanwaltschaft eine Verurteilung des betreffenden Schutzmannes zu beantragen. Er habe an jenem Abend in seinem Geschäftsflokal gestanden, als plötzlich ein Schutzmann hereingekommen wäre, ihm das Schließen der Ladenthür geboten, aber zugleich ihn aus dem Laden gezogen und nach der Straße geschleppt habe, wobei er so unsanft behandelt wäre, daß ein Arzt an seinem Arme mehrere Verletzungen konstatiert habe. Die deshalb gegen den Schutzmann eingeleitete Denunziation hat noch keine Erledigung gefunden und beantragte daher Herr Dr. Treptow als Verteidiger des G., die jetzt anstehende Sache zu vertagen, bis diese Denunziation erledigt sei. Der Gerichtshof lehnte diesen Antrag ab und verurteilte überhaupt auf jede Beweisaufnahme, da er annahm, daß, selbst wenn die in der Anklage behaupteten Thatsachen wahr wären, eine Verurteilung nicht zu erfolgen brauchte. Der Herr Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 15 Mark auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1835 (Aufschiebung). Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, da dem Angeklagten in keiner Weise ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe zu machen sei; derselbe habe sich von seinem Laden, der als Privatlokal zu betrachten sei, den Standal angesehen und dies sei nicht strafbar,

ebenso wenig sei es strafbar, wenn er von seinem Laden aus dem Schutzmann den obenwähnten Zuruf machte, als ihn dieser, ob berechtigt oder unberechtigt, zum Schließen der Ladenthür anforderte.

Dem ersten Gerichtsdiener z. D., Botenmeister S c h w a r z zu Straßburg, und dem Schauspieler B l o d zu Demmin ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Auf eine Zustimmungsadresse zahlreicher Bauern aus der Udermark an den Reichsminister der Reichsfinanzverwaltung, hat dieser, der „Nat.-Ztg.“ nach, aus Berlin den folgenden Antwort zu Theil werden lassen: „Die von Ihnen in Gemeinschaft mit anderen bäuerlichen Vertretern der Udermark an mich gerichtete Zuschrift, sowie die derselben angeschlossene Denkschrift habe ich erhalten und daraus gern ersehen, daß unsere Landwirthe nicht nur die Schäden, an welchen die Landwirtschaft krankt, sondern auch die Mittel für deren Heilung mit Sorgfalt zu prüfen beginnen. Sie bezeichnen die Kornzölle mit Recht als Äquivalent für die direkten Staats- und Gemeindesteuern, mit denen unsere inländische Kornproduktion immer noch sehr viel höher als die ausländische durch den Zoll belastet ist. Diese Ungleichheit wird sich mindern, wenn es gelingt, gegen Ertrag durch indirekte Steuern die Klassensteuer vollständig abzuschaffen, daneben die Armen- und Schullasten der Gemeinden zu erleichtern und die Zuschläge zur Grundsteuer entbehrlich zu machen.“

### Konzert.

Das zweite Symphonie-Konzert der Herren Königl. Musik-Direktor E. K o s m a l y und Kapellmeister M. J a n c o v i u s brachte ein hier noch nicht gehörtes neues Werk Emil Hartmann's zur Aufführung. Es war dies eine Symphonie in Es. Wir haben leider nur noch den letzten Satz, das Allegro energico vernommen, der, wie auch beim ziemlich zahlreichen Auditorium, unsern vollen Beifall fand. Die Symphonie soll in allen ihren vier Sätzen eine wirkungsvolle Instrumentation aufweisen und sich in der Erfindung an Mendelssohn anlehnen. Wie weit dies Urtheil zutrifft, können wir aus oben angeedeutem Grunde nicht begreifen. Die Mitwirkung unserer beliebten und begabten Opernsängerin Fräulein L i c h t e n e g g gab dem Konzert prächtige Abwechslung und erhöhtes Interesse. Statt der angekündigten Arie Beethoven's „Ah perfido“ sang die Dame eine Arie aus „Figaro“ und später zwei Lieder unseres ersten Theater-Kapellmeisters Herrn Karl G o e t z „Eine Seele nur“ und „Liebeslied“, sowie zum Schluß Schumann's „Frühlingssehnsucht“. Der Vortrag des Fräulein L i c h t e n e g g wies durchaus künstlerische Vollendung auf und ihre schöne Stimme gab im vollen Maße, was sie geben konnte, weshalb sie denn auch wärmste Dankespenden einerntete. Die Kompositionen des Herrn Goetz befanden ein bedeutendes Talent. Die erste „Eine Seele nur“ nimmt nach einer sentimentalen, getragenen Einleitung dramatische Steigerung an und endet schließlich mit einer Wiederholung der einleitenden Takte. Diese sind denn auch von besonders schöner Erfindung und fanden durch den seelenvollen Vortrag der Sängerin gewiß in Aller Herzen eine verwandte Seele. Das zweite, leichter verständliche Lied erntete ebenfalls großen Beifall. Die Vorträge des Herrn Konzertmeisters Paul W i l d, einmal mit Orchesterbegleitung und das andere Mal mit Begleitung des Pianoforte bekundeten, daß der Künstler über eine eminente Technik verfügt und die größten Schwierigkeiten mit großer Leichtigkeit bewältigt, doch müßten wir lägen, wollten wir in dem Vortrag dieser virtuoson Kunststücke auch nur ein Stückchen echter Kunst gefunden haben, das klingt nicht wie Musik, das klingt wie musikalische Quälerei. Dagegen erkennen wir gerne an, daß er bei Behandlung einfacher Themen nicht nur künstlerisch ausgeglichener Vortrag, sondern auch mit großer Sicherheit tiefe Empfindung verbindet. Die Begleitung auf dem Pianoforte sowohl der Lieder wie der Variationen der Carell'schen Gavotte führte Herr Hugo R u s t direkt und gewandt aus. Das dem Lager des Kommissionsraths W o l k e n h a u e r entnommene Piano zeichnete sich durch eine sehr schöne Klangfarbe aus.

H. v. R.

### Stadt-Theater.

Das gestrige zweite Auftreten des Fräulein Hedwig R o l a n d t in der Titelrolle der Donizetti'schen Oper „L u c i a v o n L a m m e r m o r e“ gestaltete sich zu einem Sensationserfolge, gegen den die lebhafteste Aufnahme ihrer „Rösche“ nur schwach genannt zu werden verdient. Uns drängen sich jetzt so viele Worte der Lobeserhebung und Anerkennung in die Feder, daß wir in Verlegenheit kommen, mit welchem wir der großartigen Leistung unseres verehrten Gastes eigentlich das kleinste U n r e c h t thun, denn daß wir ihr gebührend R e c h t geben könnten, stellen wir gleich hier in Abrede. Man weiß, wie schwer, ja unmöglich es ist, einem Blinden die Farben zu beschreiben, ebenso beschränkt ist unser Dingenang, um für das richtige Lob dem allein richtigen, zutreffenden Ausdruck zu finden. Fräulein Hedwig Rolandt hat uns und das ganze Publikum einfach im höchsten Grade entzückt. Wir haben noch sehr gut den Eindruck in der Erinnerung, den Frau Jagary vor 3 Jahren in derselben Rolle erzählte, doch was will er sagen zu der überwältigenden, faszinirenden Macht, die der Rolandt Lucia auf den Hörer ausübte! Wer da behauptet, die gottbegnadete Künstlerin ließe in ihrem Vortrage die Seele vermissen, sie

gehe nicht an's Herz, der besitzt entweder selbst kein Herz und Gefühl oder ist ein solcher Hochländer, daß er aus Prinzip gegen ein Hochland (des Rolandt) Opposition macht. Sollen wir sagen, wie, wo und wann unser Gast am schönsten war? Es wird uns schwer. Recitativ und Cavatine (Nr. 3, 1. Akt), das Duett mit Edgard (1. Akt Nr. 4), das große Sextett im 2. Akt, der Glanzpunkt der Oper, die Wahnsinnszene im 3. Akt — alles und jedes einzelne war so großartig schön, so himmlisch gesungen, so bezaubernd gespielt, daß Gesang und Darstellung hier die höchste Vollendung erreicht zu haben schien und der Eindruck fast erschütternd wirkte. Wir haben keine Sängerin bisher als so große Schauspielerin und keine Schauspielerin als so große Sängerin kennen gelernt, als Hedwig Rolandt. Beides verschmilzt bei ihr in einander mit solcher Einheit, daß eins das andere nie vermissen läßt oder hervorbrängt. Wie tief empfunden, wie kindlich einfach, wie natürlich, bestridend süß, ja — es giebt nur den einen Ausdruck — bezaubernd war Spiel und Gesang in der Wahnsinnszene, nach der die Künstlerin einem dreimaligen stürmischen Hervortritt Folge geben mußte! Es war mit einem Wort ihre Lucia ein Genuß, der uns Jahre lang frisch in der Erinnerung leben wird. Die mit wunderbarem Wohlklang und fabelhafter Höhe ausgefachte Stimme ist, wie man sich ausdrückt, nicht groß, doch denke man deshalb nicht, daß sie nun klein sein müsse. Im Gegenteil, sie ist so voll, satt und kräftig, daß sie aus jedem Ensembleplatz klar hervortritt. Daß Fräulein Rolandt, vermöge ihrer Reifertigkeit, im solistischen Gesange das Wunderbarste leistet, haben wir schon bei Besprechung ihrer „Rösche“ (Barbier) erwähnt. Im großen Sextett wuchs die Künstlerin und ihre Stimme blendend wirkte. Doch genug von ihr, wir müßten sonst noch einmal so viel schreiben! Fräulein Rolandt ist eine glänzende phänomenale Erscheinung und wird eine Wunder-Erscheinung bleiben! — Die Oper in ihrer totalen Ausführung ließ fast nichts zu wünschen übrig und verdient großes Lob. Herr R e i c h hat als Henry eine in jeder Beziehung vortreffliche Leistung, ebenso brillante Herr S e l z b u r g als Raimund so bedeutend, daß er sich eines ehrenvollen Applaus bei offener Szene wie nachherigen Hervorrufe rühmen konnte. Die Herren M a r i o (Arthur) wie H e i n z e (Edgar) waren sehr brav. Besonders schön gelang Herrn Heintze die Sterbeszene. Chor und Orchester blieben ihrem diesjährigen Renommé getreu. Wir empfehlen das Gastspiel des Fräulein R o l a n d t nochmals auf das Wärmste.

H. v. R.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Ducaccio.“ Oper 3 Akten.

### Vermischtes.

Eine Anleihe per Telephon ist jedenfalls das Beste auf dem Gebiete des „Pumpes“ und das Verdienst, auch in dieser Richtung das „abgekürzte Verfahren“ mit Erfolg angewandt zu haben, gebührt einem jungen Manne, welcher in einem Berliner renommirten Bankhaus die Buchhalterstelle bekleidet. Der junge Mann wurde an einem der verflochtenen Tage von einem Manichäer arg bedrängt. Dieser drohte damit, sich an den Prinzipal zu wenden, um zu seinem Gelde zu kommen. In seiner Noth verfiel nun der erwähnte junge Komitirist auf den sublimen Gedanken, einen der ersten Bankiers, welchen er durch den Börsenbesuch kannte, um ein Darlehen zu ersuchen. Entschlossen sprang er an den Telephon-Apparat und ließ sich mit Bankier B. verbinden. „Wollten Sie die Güte haben, mir 100 Mark zu borgen?“ schrie er mit Stentorsstimme in den Apparat hinein, sodas das Personal des angesprochenen Bankiers ganz unfreiwillig zur Mitwisserschaft des Geheimnisses gezogen wurde. Ein schallendes Gelächter war die thelephonische Antwort auf diese Frage, und als eine Wiederholung derselben nötig wurde, klang es zurück: „Ja, holen Sie sich Nachmittags das Geld ab. Die Methode Ihrer Anleihe können Sie sich patentiren lassen.“ Man sieht, originell muß man sein, sobald man etwas erreichen will; dies gilt in erhöhtem Maße vom „Pumpen“. Wir zweifeln nicht, daß sich der telephonische „modus pumpendi“ überall schnell einbürgern wird.

In Stuttgart erregt ein skandalöser Vorfall, welcher sich dieser Tage in der Kaiserstraße zutrug, ungewöhnliches Aufsehen. Während in dieser Gegend der Oberhofmeister des Königs, Freiherr v. Thumb-Neuburg, weiland Gesandter in Wien, des Weges ging, trat der Kaufmann Julius Baumann, Sohn eines königl. Hofsofens, auf ihn zu und wollte sich über den Grund eines Oberhofmeisterlichen Dekretes, welches dem r. Baumann wegen ungebührlichen Benehmens das Reiten in den königlichen (der Benutzung des Publikums offenstehenden) Anlagen bis auf Weiteres untersagt, des Näheren erkundigen, als Herr von Thumb dies mit dem Bedeuten ablehnte, daß hierzu nicht der Ort sei, erhielt er einige Schläge ins Gesicht, in Folge deren ihm Hut und Zwicker entfielen. Nach einer halben Stunde war Baumann bereits verhaftet; Baumann soll sich dadurch mißlieblich gemacht haben, daß er, der Sohn des Hofsofens, einem Wagen, in welchem der Hofammerpräsident v. Gunzert saß, in den Anlagen vorgeritten war. Das dafür ergangene Anlagenerbot betrachtet man vielfach im Publikum als eine etwas harte Maßnahme, zu welcher Meinung die weitverbreitete Antipathie gegen den Herrn Gunzert das Ihrige beigetragen haben mag.

In Neu-Ruppin ist ein sensationeller Mordprozeß zur Verhandlung gelangt. Dem „B. Z.“ wird hierüber Folgendes telegraphirt: Der Berliner Kriminal-Kommissar W. entdeckte auf einem Grabkreuze auf dem Kirchhof in Bestlin die Inschrift „Ermordet von bekannter Hand“ und bald darauf wurden als des Mordes verdächtig der Bäckermeister Mohrle, der Kaufmann Weber und der Tischlermeister Schröder eingezogen. Am 21. November 1877 verschwand die Marie Böhm, welche dem Mohrle bereits 2 Kinder außer der Ehe geboren hatte, und am 27. November wurde ihre Leiche im Braminsee gefunden. Die achtägigen Verhandlungen dieses Sensationsprozesses hielten Neu-Ruppin beständig in Aufregung. Tausende umstanden das Rathhaus, in welchem die Schwurgerichtssitzung stattfand, und am dritten Verhandlungstage mußte sogar Militär requirirt werden, weil das Publikum die Mörder lynchen wollte. Ueber 130 Zeugen und 5 Sachverständige wurden vernommen. Das Präsidium führte Kammer-Gerichtsrath Staar aus Berlin. Die Angeklagten leugneten hartnäckig. Doch selbst ihre Wahlvertheidiger mußten die Sache aufgeben, als am 10. November, in Folge einer anonymen Denunziation bei Mohrle ein Messer eingetaucht und bei Schröder ein Kaffee von einem Entlastungszeugen gefunden wurde. Am Dienstag fielen die Geschworenen ihren Wahrspruch auf Schuldig des Mordes über alle drei Angeklagte, gegen Mohrle einstimmig, gegen Schröder mit 11 gegen 1, gegen Weber mit 9 gegen 3 Stimmen, worauf der Gerichtshof das Todesurtheil fällt. Das zu Tausenden vor dem Rathhause versammelte Publikum nahm den Wahrspruch der Geschworenen mit beifälligen Zurufen auf. Emilie und Friedrich Mohrle, Schwäger und Bruder des zum Tode verurtheilten August Mohrle, sind am Sonnabend, nachdem sie bereits wochenlang wieder auf freien Fuß gesetzt waren, in Folge der sie belastenden Zeugenaussagen, von Neuem verhaftet worden. Friedrich Mohrle in Neu-Ruppin selbst.

Dem „Tempo“ wird aus Medsches-el-Bab über eine Exekution von fünfhundert Stodstreichen vom 31. Oktober berichtet: „Seit 14 Tagen hält ein Bataillon vom 127. Regiment den Bahnhof von Medsches besetzt. Der Verkehr mit den Einwohnern des Dries ist ein ziemlich guter; doch ist den Soldaten unterjagt, bis in das etwa 300 Kilom. von der Station gelegene Dorf zu gehen. Dies ist vielmehr nur den Offizieren gestattet. Vor zwei Tagen machte der Hauptmann Desandre in Begleitung seines Unterlieutenants Corneux einen Spaziergang nach Medsches. Nachdem sie eine Stunde mit den Arabern aller Farben, die sie dort getroffen, verhandelt hatten, kehrten sie in das Lager zurück, wählten aber statt der direkten Straße das ausgetrocknete Bett eines Bergstromes. Das war ihr Glück; denn kaum befanden sie sich 200 Meter von den Vorposten, so hörten sie eine Kugel an sich vorüberpfeifen. Der Schuß kam von einem Araber, der sich dreihundert Meter davon in einem Mastixgebüsch versteckt hielt. Er ergriff sogleich die Flucht, schwamm durch die Medschesdab und verschwand, ehe man seiner habhaft werden konnte. Hätten die beiden Offiziere die Hauptstraße genommen, so wäre der Schuß auf sie aus einer Entfernung von nur fünfzig Metern gefallen. Der Khalifa von Medsches, dem der Vorfall sofort angezeigt wurde, stellte Nachforschungen an, in Folge deren ein Individuum als der mutmaßlich Schuldige verhaftet wurde, weil es gestand, im Laufe des Tages von seinem Gewehr Gebrauch gemacht zu haben. Der Araber wurde zum Tode verurteilt, die Strafe aber dann in fünfhundert Stodstreiche umgewandelt. Die Exekution fand heute früh um halb 8 Uhr in Gegenwart der in Karree aufgestellten Truppen vom 127. Regiment statt. Der Schuldige, den man, die Fäße gebunden, in der Luft hielt, brach auf die ersten Streiche, die ihm auf die Sohlen fielen, in ein wahres Beheul aus. Beim hundertundneunzehnten Streich fand der Khalifa im Einvernehmen mit unserem Major die Strafe für ausreichend; der Delinquent wurde losgebunden und auf einem Esel nach Medsches zurückgebracht. Ob er wirklich der Schuldige war, das weiß Niemand.“

### Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 17. November. In Basel wurden, wie das „Frankf. Journ.“ meldet, zwei Ausländer, ein Badenser und ein Oesterreicher, als Schmuggler sozialistischer Flugblätter nach Deutschland ermittelt. Beide dürften aus der Schweiz ausgewiesen werden.

Petersburg, 13. November. In hiesigen diplomatischen Kreisen gilt die Berufung Radowitsch als Nachfolger des verstorbenen österreichischen Ministers des Aeußeren Haymerle für eine ausgemachte Sache.

London, 16. November. Der bekanntlich meist gut unterrichtete Berliner Korrespondent des „Standard“ telegraphirt einem Blatte: Der deutsche Kronprinz übt allerdings keinen direkten Einfluß auf die Regierung, aber Bismarck wünscht offen darzulegen, daß er keine Politik macht, welche dem deutschen Thronfolger antipathisch ist, oder für welche derselbe nicht auch die moralische Verantwortlichkeit übernehmen könnte, überhaupt daß sie nötig und gut ist. Fürst Bismarck drückte deshalb den Wunsch aus, daß der Kronprinz zugezogen werde bei der Besprechung und Entscheidung über die nunmehr erforderlichen Schritte.

Dublin, 17. November. Gestern Abend fand an Bord des Dampfers „Severn“ auf der Fahrt von Bristol nach Glasgow eine Dynamit-Explosion statt, durch welche 9 Personen getödtet und 43 schwer verletzt wurden.